



## Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

### **Bericht zum Stand der Bundesratsinitiative zur Wortlautbereinigung der §§ 211 und 212 im Strafgesetzbuch**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, in der 18.Tagung des Landtages über den Stand der angekündigten Bundesratsinitiative Schleswig-Holsteins zur Wortlautbereinigung der Straftatbestände „Mord“ und „Totschlag“ (§§ 211, 212 StGB) mündlich zu berichten.

Begründung:

Justizministerin Spoorendonk hat bei der Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2013 eine Bundesratsinitiative Schleswig-Holsteins zur sprachlichen Überarbeitung der §§ 211 und 212 im Strafgesetzbuch angekündigt.

Die Justizministerkonferenz hat sich bei ihrer Herbsttagung mit der Entstehung der bis heute geltenden Fassung der Straftatbestände des Mordes und des Totschlags (§§ 211, 212 StGB) befasst und in diesem Zusammenhang die Ankündigung Schleswig-Holsteins einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Landesregierung möge deshalb dem Landtag über den aktuellen Sachstand berichten.

Thomas Rother  
und Fraktion

Burkhard Peters  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW